Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3, L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 458. **Mittwoch** den 9. September 1903. **97. Jahrgang.**

Siebenbürgisch-deutsches Kirchentum.

+ In einer Zeit mehr und mehr um sich greifender Kirchenfeindlichkeit richten sich die Blicke besorgt besonders nach der Diaspora, in der das Kirchentum am meisten gefährdet ist. Ein solches Kirchentum der „Zerstreuung" ist das der Siebenbürger Sachsen im südöstlichen Ungarn.

In der Tat muß man sagen, daß dies Kirchentum in der Neuzeit doppelt gefährdet erscheint. Zunächst gefährdet es der Staat, da eine Magyarisierung der Schulen auch eine solche des deutschen Kirchentums nach sich ziehen müßte. Dann aber ist auch Siebenbürgen so sehr mitten drin im Strome des gegenwärtigen Verkehrs- und Geisteslebens, daß auch dem siebenbürgisch-deutschen Kirchentume die Einflüsse moderner Kirchenfeindlichkeit, wie sie ja auch Deutschland zur Genüge kennt, nicht fern bleiben.

Gerade in den kulturell am meisten fortgeschrittenen Gegenden der Sachsen, im sogenannten Burzenlande, dem Gemeindekranz um Kronstadt herum, kann man mit Bezug auf die Kirche Beobachtungen machen, wie sie sich im sogenannten „alten Lande", den früheren deutschen Ansiedelungen Siebenbürgens, nicht darbieten. Während hier der Sonntag noch geheiligt wird, besonders auf dem Lande, und kein Bauer sich getrauen würde, an diesem Tage, die Kirche beiseite lassend, aufs Feld in die Arbeit zu fahren, so ist das heute, trotz aller Bestimmungen über die Sonntagsruhe, im Burzenlande, besonders im Hochsommer, ganz anders. Sonntag und Kirche hindern hier die Feldarbeit nicht mehr.

Eine Folge davon ist eine große Leere der Kirchen im Hochsommer, in welcher Zeit sogar die in „Bruderschaften" und „Schwesterschaften" vereinigte und zum Kirchenbesuch verpflichtete konfirmierte männliche und weibliche Jugend „Ferien hat". Erst der Herbst bringt mit dem Erntedank- und dem Reformationsfeste wieder eine befriedigende Kirchenbeteiligung, die ihren Höhepunkt zu Ostern erreicht. Dabei wirken selbstverständlich auch die heute aus allen Zeitungsspalten hervorlugenden „modernen" Weltanschauungen mit, hier und dort Lauheit, ja Feindlichkeit gegen die Kirche als Vertreterin der Religion hervorzurufen.

Sieht man aber genauer in dies siebenbürgisch-deutsche Kirchentum hinein, so findet man es außerordentlich gefestet.

Zunächst sind heute für die Siebenbürger Sachsen die Kirche und die damit verbundene Schule, Gymnasium, Realschule, Bürgerschule, Volksschule, in enggeschlossenem Verbande das Bollwerk nationalen Bestandes. Seit dem Verluste politischer Selbständigkeit unter magyarischem Regime haben die Sachsen in den siebenbürgischen Landesteilen Ungarns eine Autonomie nur noch auf dem Gebiete ihrer Kirche und Schule. Das Kirchengesetz bestimmt mit Berücksichtigung der staatlichen Forderungen den Studiengang der Professoren und anderen Lehrer und erhält noch einen großen Teil der Prüfungen der kirchlichen Oberbehörde; es setzt den Lehrplan fest. Dieselben Kirchengemeinden, welche Gotteshäuser erbauen, führen gerade in der Neuzeit eine neue schöne Schule nach der anderen auf.

So ergibt sich hieraus ein dauerndes lebhaftes Interesse für die Kirche bei dem gesamten Volke. Und was es der Schule zugesteht, bewilligt es auch gerne der Kirche. Wie immer die innere Anschauung gegenüber der Kirche sein mag, der gebildete Sachse in Siebenbürgen setzt einen Stolz darein, daß sie sich würdig repräsentiere. Und gerade hierin geht das Burzenland, das sonst durchschnittlich die Sonntagsruhe in der Erntezeit abgetan hat, in mustergültiger Weise voran. Wenn auch im ganzen Lande die „Frauenvereine" (sie sind hier auch eine kirchliche Organisation) viel für die Ausschmückung der Gotteshäuser getan haben, im Burzenlande ließen sie Großes. Es gibt hier keine Kirche mehr, die solchergestalt nicht ein neues Gewand angelegt hätte.

Die Presbyterien und kirchlichen Gemeindevertretungen, unter allen möglichen Deckungen auch die aus denselben Gemeindemitgliedern zusammengesetzten aber unter der Kontrolle der staatlichen Behörden stehenden politischen Gemeindevertretungen, im Vereine mit Privaten, wetteifern in der Freigebigkeit, das deutsche Kirchentum hier mit seiner Schule zu unterstützen und zu erhalten.

Ein weiterer Zug, der für seinen Bestand in der Zukunft und seine im ganzen gesündere Beschaffenheit in der Gegenwart spricht, ist der enge nationale Zusammenhang, der gerade von der Kirche aus als Kirchen- und Schulbehörde mit dem Mutterlande Deutschland aufrecht erhalten wird. Niemand kann Gymnasiallehrer und Pfarrer werden, der nicht eine bestimmte Zeit auf deutschen Hochschulen zugebracht hat, und die innige Verbindung mit dem Gustav Adolf-Verein ist den Eingeweihten bekannt. Dabei verdankt diese siebenbürgisch-deutsche Diaspora dem Gustav Adolf-Verein nicht nur die schätzenswerteste Unterstützung, sondern auch idealen Einfluß.

An solchen segenbringenden deutschen Einfluß erinnert lebhaft die erst kürzlich in der Gemeinde Neustadt bei Kronstadt stattgefundene Turm- und Glockenweihe. Nach Zusammenbringung von 20 000 Kronen privater Freigebigkeit hat diese Gemeinde unter Leitung des in Gustav Adolf-Kreisen auch in Deutschland bekannten Pfarrers und Dechanten D. Franz Herfurth zu den vielen anderen Fortschritten mit Bezug auf die Kirche den Turm erneuert und vier neue Glocken angeschafft. Diese Glocken aber stammen aus Deutschland. Es sind die ersten Bochumer Gußstahlglocken in Siebenbürgen. Die drei kleineren von ihnen standen vor Jahresfrist noch auf der Düsseldorfer Ausstellung, die größte ist hinzu gegossen worden; der Kronstädter königlich ungarische Finanzdirektor aber hat bewirkt, daß sie zollfrei eingeführt wurden.

Das sind Züge aus dem siebenbürgisch-deutschen Kirchentume. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es, so tief gegründet, eine sichere Zukunft hat.

Deutsches Reich.

C. H. **Berlin**, 8. September. (**Bebel und Auer.**) Für den Kenner der sozialdemokratischen Verhältnisse kommt die Flucht Bebels an die Oeffentlichkeit in dem Leipziger Parteiorgane nicht überraschend. Zwischen den beiden Parteiführern Auer und Bebel bestand schon lange ein Gegensatz; Auer rückt immer mehr nach rechts, Bebel nach links. Der ehemalige Sattlergeselle Auer hatte sich immer mehr zum allmächtigen Diktator im „Vorwärts" aufgeschwungen, nach seiner Pfeife mußte in den vornehm ausgestatteten Redaktionsräumen in der Lindenstraße getanzt werden; selbst der ungekrönte König Paul (Singer) wagte gegen Auer nichts zu unternehmen, der natürlich in Gerisch (Parteikassierer), Heine, Bernstein, dem jungen Liebknecht usw. kräftige Stützen fand. Mit dem immer stärker werdenden Einflusse der akademischen Elemente stieg auch der der Revisionisten, um Bebel scharten sich „die Männer der schwieligen Faust". Haben die Revisionisten, wie Heine, Auer usw., in der Presse mehr Einfluß, so haben Bebel und seine Freunde die Berliner Genossen fast vollzählig hinter sich. Diese sind schon längst unzufrieden mit der allgemeinen Haltung der Partei, schon lange redet man in diesen Kreisen von einer nicht mehr zu überbrückenden Kluft. Bekanntlich konzertte sich vor einer Reihe von Jahren ein beträchtlicher Teil der Berliner Genossen von der Partei ab und bildete die Gruppe „der Unabhängigen". Etwas Aehnliches kann sich auch jetzt wieder ereignen. Stellt sich Bebel an die Spitze dieser unzufriedenen Elemente, dann ist der Krach fertig und für Berlin wenigstens ist der „Vorwärts" gelistet. Jetzt werden Versuche gemacht, den grollenden Bebel zu besänftigen; heute hörten wir, daß namentlich Singer nach dieser Richtung hin tätig sei. Aber wenn auch Bebel wieder versöhnt und auf dem Dresdener Parteitage der Riß verschmiert werden sollte, die Gegensätze zwischen Revisionisten und Unentwegten, zwischen Akademikern und Männern der schwieligen Faust, sind so tief gehend, daß in Berlin der Krach schwerlich lange aufzuhalten ist. Man gehe nur in die Arbeiterkreise hinein und höre, wie es überall gärt und kocht. Der Neid ist bekanntlich eine der stärksten Triebfedern in der sozialdemokratischen Partei, und dieser Neid ist mächtig gegen die Salonsozialdemokraten entfacht, die mit Frack und weißer Weste in den Versammlungen des Goethebundes (!) auftreten; der Streit Auer-Bebel hat die Szenerie genügend beleuchtet.

+ **Berlin**, 8. September. („Immerhin.") In einer Polemik gegen die nationalliberalen Jugendvereine weist die „Kreuzzeitung" darauf hin, daß diese der Zahl ihrer Mitglieder nach nicht in der Lage sein könnten und würden, „einer immerhin nach Hunderttausenden zählenden Partei, wie der nationalliberalen, die Richtung vorzuschreiben und ihre Haltung bei den Wahlen zu bestimmen." Dieses hochmütig-wohlwollende „immerhin" ist köstlich, denn es klingt so, als ob die „Kreuzztg." sagen wollte, „na, groß ist die nationalliberale Anhängerschaft nicht, aber etliche Hunderttausend sind es doch noch." Ein solcher Ausdruck ist unserer Meinung nach nur angemessen, wenn man selbst über eine größere Anhängerschaft verfügt, als die Partei, die „immerhin" so und so viel hunderttausend Stimmen hat. Nach der soeben veröffentlichten amtlichen vergleichenden Uebersicht des statistischen Amtes über die Reichstagswahlen von 1898 und 1903 hat nun die Partei der „Kreuzztg." zwar absolut an Stimmenzahl gewonnen, nämlich ungefähr 90 000, relativ aber mit Rücksicht auf die erheblich stärkere allgemeine Wahlbeteiligung verloren, denn ihr Anteil an der Gesamtzahl der Stimmen ist von 11,1 Prozent auf 10 Prozent heruntergegangen. Die mit den Konservativen eng verbundene Partei des Bundes der Landwirte hat ebenfalls nur einen geringfügigen absoluten Stimmenzuwachs, relativ dagegen einen Rückgang erfahren, nämlich von 1,4 auf 1,2 Prozent. Die gesinnungsmäßig der „Kreuzztg." nahestehenden Antisemiten haben sogar absolut genommen einen Stimmenrückgang zu verzeichnen (40 000) und relativ sind sie von 3,7 Prozent auf 2,6 Prozent aller abgegebenen Stimmen heruntergegangen; endlich hat der agrarische Bauernbund 29 000 Stimmen verloren und ist von 1,8 auf 1,2 Prozent heruntergegangen. Konservative, Agrarier und Antisemiten, die 1898 noch 18 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigten, haben diesmal nur noch 15 Prozent erhalten, was doch einen „immerhin" nicht unbeträchtlichen Rückgang darstellt. Demgegenüber haben die Nationalliberalen absolut 340 000 Stimmen gewonnen und haben damit nächst dem Zentrum von den bürgerlichen Parteien den größten Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Relativ haben sie sogar von allen bürgerlichen Parteien die stärkste Zunahme aufzuweisen, denn während das Zentrum von 18,8 Prozent auf 19,7 Prozent gestiegen ist, also nur um 0,9 Prozent, sind die Nationalliberalen von 12,5 Prozent der Gesamtzahl auf 13,8 Prozent gestiegen, also um 1,3 Prozent. Das ist um etwa ½ Prozent mehr als das Zentrum. Im Jahre 1898 hatten ferner die Konservativen 859 000, der Bund der Landwirte 110 000 und die Antisemiten 284 000 Stimmen, insgesamt also 1 255 000 Stimmen, womit sie den Nationalliberalen mit 979 000 Stimmen um nahezu 300 000 Stimmen überlegen waren. Diesmal haben die erwähnten drei Parteien zusammen 1 311 000 Stimmen, also nur knapp so viel, wie die Nationalliberalen mit ihren 1 313 000 Stimmen. Diese Vergleichung fällt doch nicht eben zu gunsten der konservativ-agrarisch-antisemitischen Gruppierung aus und angesichts dieser Tatsache ist es „immerhin" ein starkes Stück, wenn die „Kreuzztg." mit einem gewissen mitleidigen Hochmute von der Anhängerschaft der nationalliberalen Partei spricht. In demselben Artikel schließt die „Kreuzztg." unmittelbar an die Polemik gegen die Nationalliberalen eine solche gegen ein Hamburger Blatt an, das sich gegen die Feier des Sedantages ausgesprochen hatte. Die „Kreuzztg." schafft sich den Uebergang mit den Worten, daß „zu dieser fischblütig-schwammigen Denkweise (damit sind die Nationalliberalen gemeint) das Verhalten des Hamburger Blattes vortrefflich passe". Nun sind die nationalliberalen Kreise noch immer für die Aufrechterhaltung des Sedanfestes mit Entschiedenheit aufgetreten, sie stehen also mit voller Entschiedenheit im Gegensatze zu jenem Hamburger Blatte. Die von der „Kreuzztg." beliebte Zusammenschweißung mit dem Hamburger Organe beweist aufs neue die „immerhin" eigenartige Fechtweise der „Kreuzztg."

* **Berlin**, 8. September. (Wie es die Sozialdemokraten machen.) Wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß die Sozialdemokraten nur solchen Kellnern Trinkgelder geben, welche sich durch Kontrollmarken als „Genossen" ausweisen können. Dieses System, die Zahl der „Genossen" durch äußere Druckmittel zu vermehren, macht immer mehr Schule in den Reihen der Partei. In der letzten Sonntagsnummer des „Vorwärts" erläßt der Verband der Deutschen Friseurgehülfen einen Aufruf, in welchem er die „Genossen" auffordert, überall in den Barbiergeschäften, wo sie sich bedienen ließen, die Gehülfen nach den Kontrollkarten zu fragen, durch welche sie sich als Angehörige des natürlich in sozialdemokratischem Fahrwasser segelnden Verbandes ausweisen könnten. Wo solche Kontrollkarten, die von Woche zu Woche abgestempelt sein müßten, nicht vorhanden wären, da müßte darauf gedrungen werden, daß die betreffenden Gehülfen alsbald der Organisation beiträten. Im Weigerungsfalle soll das betreffende Geschäft boykottiert werden. Der Aufruf dringt auf möglichst strenge Durchführung dieser Maßregel, er ermahnt auch, daß niemand sich durch persönliche Bekanntschaft mit dem Geschäftsinhaber oder durch dessen Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie abhalten lassen solle, nach den Kontrollkarten zu fragen. Daraus geht hervor, daß auch manchen sozialdemokratischen Geschäftsinhabern die Zugehörigkeit ihrer Gehülfen zu dem Verbande nicht sehr erwünscht zu sein scheint, sonst würden sie als „Genossen" zweifellos darauf sehen, nur organisierte Gehülfen zu beschäftigen. Aber daß die „Genossen" als Arbeitgeber oft ein ganz anderes Gesicht zeigen, wie als Arbeiter, ist ja keine neue Tatsache. Aus dem Aufrufe des Verbandes der Deutschen Friseurgehülfen geht wieder einmal hervor, daß der Sozialdemokratie jedes Mittel äußeren Zwanges recht ist, wenn sich für die Partei Nutzen davon erwarten läßt. Nicht durch freien geistigen Kampf und durch Mittel der Ueberzeugung, sondern durch äußeren Zwang sollen die Barbiergehülfen, wie bereits Kellner, kleine Wirte, Geschäftsleute usw. in die Reihen der Partei getrieben werden. Und eine mit solchen Mitteln arbeitende Partei feiern kurzsichtige Schwärmer und Mauserungsillusionisten als eine „Bannerträgerin des Liberalismus". Wieder ein Beweis, wie sehr Dr. Barth und Genossen in der Sozialdemokratie mehr das sehen, was sie wünschen, als was die tatsächlichen Verhältnisse ergeben. Was an diesem Vorgehen des Verbandes der Friseurgehülfen neu ist, das ist der Umstand, daß hier ganz offen und ungeschminkt ausgesprochen wird, was man sonst doch mehr im stillen übte und nicht an die große Glocke brachte. (Post.)

* **Berlin**, 8. September. (Es geht ein Licht auf.) Die unendlich scheinende Liebe und Geduld unserer Zentrumsmänner mit den Ungezogenheiten unserer lieben polnischen Mitbürger scheint hier und da sich doch etwas zu ermüden. Besonnenere Stimmen im katholischen Lager finden jetzt doch allmählich ein Haar darin, die Sache des Zentrums einfach mit der Sache der Polen zu identifizieren. Bemerkenswert in dieser Hinsicht ist ein Artikel der Münchener „Historisch-politischen Blätter". Der Verfasser des betreffenden Artikels scheint ein katholischer Geistlicher zu sein. Man höre ihn:

Zunächst erklärt er angesichts der Klagen über die politische Vernichtung einer Nation durch die Teilungen Polens, daß dieses letztere niemals ein nationaler Staat gewesen ist. Den Staat machte ohne Unterschied des Stammes stets ein einziger Stand aus, der Adel. Jede Beschäftigung mit Handel und Gewerbe verpönte die Zugehörigkeit zu ihm. Man erkannte früh den Mißstand und suchte zu bessern, aber vergebens. Der im 18. Jahrhundert lebende Priester Hugo Kollataj verglich das Staatswesen einer Maschine, die kein einzelner bewegen kann, deren Bewegung durch alle an der Streitsucht scheitert, die aber jeder einzelne zum Stocken zu bringen vermag. Diesem Geständnis fügt der Verfasser noch das weitere hinzu, daß die Polen mit Unrecht über die nicht gehaltenen Zusagen des Wiener Kongresses sich beschweren. Ebenso erkennt der Verfasser an, wie viel die Polen der preußischen Verwaltung zu danken haben: die Aufhebung der Leibeigenschaft und der Patrimonialgerichte usw. Auch die Oberpräsidialzeit Flottwells (1830—41) erfährt eine wohlwollige Anerkennung. Dann wollte leider König Friedrich Wilhelm IV. die Polen „versöhnen" und erzielte damit nur, daß ihm der Erzbischof Leo v. Przyluski bei einer Audienz über die Wiedergeburt Polens redete und die deutsche Bevölkerung des Großherzogtums gar nicht der Erwähnung wert fand. Der Verfasser nennt das, „gelinde gesagt, einen politischen Taktmangel". — Die Stellung des katholischen Klerus in jener dem Hader ausgesetzten Gegend hat seit 1815 mehrere bezeichnende Wandlungen durchgemacht. Mit einer Art von verdrossenem Humor berichtet der Verfasser, daß der Bischof Pedlay von Kulm den protestantischen Pastor Thiel in Strasburg (Westpreußen) „Herr Bruder" nannte und im bischöflichen Ornat die evangelische Kirche besuchte. Geschichtlich bemerkenswert ist das Eingeständnis, daß die griechisch-katholische Union von 1596 religiös wenig ausrichtete, weil „bis auf einige Jesuiten" die römisch-katholische Geistlichkeit durchweg unfähig war. Sie trieb zu viel Politik und tut dies auch heute noch. Der Verfasser beklagt selbst, daß man „lieber polonisiere als katholisiere". Ueber die polnischen Arbeiter am Niederrhein und in Westfalen fällt er das ablehnendste Urteil, scheinbar will er nicht durch sie in den Reichstag kommen wie gewisse Zentrumskoryphäen in Köln. Ebenso räumt er eine schlechte Behandlung der deutschen Katholiken durch die polnische Geistlichkeit in der Fremde, in Petersburg, Moskau und Odessa, und nicht weniger auf dem preußischen Staatsgebiete ein. Beachtenswert ist auch der Hinweis auf ein von dem Erzbischof Stablewski erlassenes Rundschreiben gegen das hohe Spiel des polnischen Adels. Der Verfasser hebt die finanzielle Rettung mancher dieser Herren durch die ihnen von der Ansiedelungskommission für die verschuldeten Güter gezahlten Summen und die Hebung des polnischen neuen Mittelstandes in den Städten durch die dortige Ansässigkeit jener „Banc" hervor, meint aber, daß die letzteren häufig im Nichtstun verkommen. Das wird wohl auch den Tatsachen entsprechen. Das klingt immerhin etwas anders, als die berufsgemäßen Feinde der deutschen Ostmarkenpolitik vorzubringen pflegen. Statistisch ist interessant, daß die Provinz Posen bei 57 v. H. Polen nicht weniger als 67 v. H. Katholiken zählt, obgleich in den Kreisen Adelnau und Schildberg 10 000 polnische Protestanten leben. Die Zahl der deutschen Katholiken muß also sehr beträchtlich sein. Aber die polnischen Protestanten wählen polnisch und den deutschen Katholiken wird von der „Germania" der Stimmzettel für den „Glaubensgenossen polnischer Zunge" aufgezwungen.

So das wissenschaftliche Organ für das katholische Deutschland. Hoffentlich liest's auch die „Köln. Volksztg.".

⊙ **Berlin**, 8. September. (Telegramm.) Die „Kreuzzeitung" erfährt: Der Minister des Innern habe die Landräte, bezw. Oberbürgermeister ersucht, ohne Verzug die Vorbereitungen zu den Neuwahlen der Abgeordneten anzuordnen und dafür zu sorgen, daß die Abgrenzung der Urwahlbezirke und die Auflegung der Listen überall so zeitig erfolge, daß die Wahlmännerwahlen in der zweiten Woche des November stattfinden können. Die Wahltermine werden erst später festgesetzt.

— Anläßlich der Bebelschen Entrüstung über seine Bergewaltigung durch den „Vorwärts" frischt die „Mgdb. Ztg." die Erinnerung an folgenden Vorgang auf:

Es war am Vorabend des Einigungskongresses in Gotha, als Bracke die Bitte um Mitteilung der an Auer, Bebel, Geib und Liebknecht von Karl Marx gesandten Kritik des Einigungsprogramms stellte, das dem Gothaer Kongresse zur Genehmigung unterbreitet werden sollte. Bei der Persönlichkeit des Verfassers der Kritik und der Art ihres Inhalts hätte man nicht daran zweifeln sollen, daß die damaligen Führer des marxistischen Flügels sich beeilt hätten, die Auslassungen ihres geistigen Oberhauptes zur Kenntnis der Gesolgschaft zu bringen. Trotzdem ist das nicht geschehen, und erst 26 Jahre später haben die Genossen aus einer Veröffentlichung von Fr. Engels erfahren müssen, daß sie damals einem Programm zugestimmt haben, das der Schöpfer ihres Glaubens ausdrücklich als verwerflich und demoralisierend bezeichnet hatte. Herr Bebel aber, der sich heute über die ihm zuteil gewordene Bevormundung entrüstet, hat es damals mit diplomatisierendem Schweigen geschehen lassen, daß der Protest, den kein Geringerer als Karl Marx gegen das demoralisierende neue Parteiprogramm erheben hatte, aus Opportunitätsrücksichten nicht zur Kenntnis der Genossen gebracht wurde.

— Der diesjährige Parteitag der deutschsozialen Reformpartei findet vom 17. bis 19. Oktober hierselbst statt.

— Wie die Frankfurter sozialdemokratische „Volksstimme" aus natürlich trüber, aber angeblich zuverlässiger Quelle erfährt, ist vom preußischen Justizminister an sämtliche Staatsanwälte eine Verfügung ergangen, in der dazu aufgefordert wird, die sozialdemokratische Parteipresse genauer als bisher der Fall war zu studieren und mit rücksichtsloser Schärfe jeden Fall zu verfolgen, der nur einigermaßen Aussicht bietet, gegen das betreffende Blatt einen Majestätsbeleidigungsprozeß anzustrengen. Alle in den sozialdemokratischen Tageszeitungen und Zeitschriften enthaltenen Artikel, die sich mit der Person des Kaisers oder den einzelnen Landesherren befassen, sollen einer eingehenden Prüfung nach der Richtung hin unterzogen werden, ob aus denselben eine Beleidigungsabsicht der Form, dem Inhalte oder den begleitenden Umständen nach zu erkennen sei. Bejahenden Falls soll dann, selbst wenn es sich nur um versteckte Angriffe gegen die Person des Monarchen handelt, die Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben, insbesondere auch, ohne auf eine Prüfung von Fall zu Fall einzugehen, ob Fluchtverdacht begründet ist, die Untersuchungshaft gegen den Beschuldigten bei dem zuständigen Richter beantragt werden.

⊙ **Cuxhaven**, 8. September. (Telegramm.) Die Jacht „Victoria and Albert" mit der Königin von England an Bord passierte heute nachmittag, vom Fort Grimmerhorn mit Salut begrüßt, elbaufwärts die hiesige Reede.

* **Stettin**, 7. September. Der Innungsverbandstag deutscher Baugewerksmeister, welcher zur Zeit hier stattfindet, nahm heute in der Frage der Tarif-